

Antrag

der Abgeordneten Dr. Maria Böhmer, Wilfried Bohlsen, Dr. Rolf Olderog, Dietrich Austermann, Dirk Fischer (Hamburg), Ulrich Klinkert, Dr. Dionys Jobst, Horst Gibtnier, Heinz-Günter Bargfrede, Dr. Wolf Bauer, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Claus-Peter Grotz, Gerda Hasselfeldt, Rainer Haungs, Manfred Heise, Michael Jung (Limburg), Klaus-Heiner Lehne, Theo Magin, Rudolf Meinl, Norbert Otto (Erfurt), Gerhard O. Pfeffermann, Helmut Rode (Wietzen), Ferdi Tillmann, Dr. Norbert Rieder, Klaus Harries, Bärbel Sothmann, Dr. Walter Franz Altherr, Anneliese Augustin, Hans-Dirk Bierling, Wilfried Böhm (Melsungen), Klaus Brähmig, Wolfgang Dehnel, Albert Deß, Renate Diemers, Wolfgang Ehlers, Rainer Eppelmann, Horst Eylmann, Ilse Falk, Dr. Karl H. Fell, Leni Fischer (Unna), Herbert Frankenhauser, Dr. Gerhard Friedrich, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Martin Götsching, Elisabeth Grochtmann, Udo Haschke (Jena), Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Renate Hellwig, Ernst Hinsken, Heinz-Adolf Hörsken, Josef Hollerith, Siegfried Hornung, Karin Jeltsch, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Egon Jüttner, Ulrich Junghanns, Dr. Harald Kahl, Steffen Kampeter, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Volker Kauder, Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Eva-Maria Kors, Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese), Franz Heinrich Krey, Eduard Lintner, Sigrun Löwisch, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Dietrich Mahlo, Erwin Marschewski, Günter Marten, Wolfgang Meckelburg, Maria Michalk, Hans-Werner Müller (Wadern), Eduard Oswald, Dr. Gerhard Päselt, Dr. Peter Paziorek, Hans-Wilhelm Pesch, Dr. Friedbert Pflüger, Ronald Pofalla, Dr. Hermann Pohler, Dr. Bertold Reinartz, Dr. Erich Riedl (München), Werner Ringkamp, Heinz Rother, Dr. Christian Ruck, Helmut Sauer (Salzgitter), Heinz Schemken, Andreas Schmidt (Mülheim), Trudi Schmidt (Spiesen), Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Michael von Schmude, Dr. Hermann Schwörer, Karl-Heinz Spilker, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Karl Stockhausen, Hans-Gerd Strube, Egon Susset, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Wolfgang Vogt (Düren), Dr. Roswitha Wisniewski, Benno Zierer, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Manfred Richter (Bremerhaven), Horst Friedrich, Ekkehard Gries, Roland Kohn, Dr. Klaus Röhl, Birgit Homburger, Gerhart Rudolf Baum, Günther Bredehorn, Klaus Beckmann, Dr. Olaf Feldmann, Josef Grünbeck, Dr. Jürgen Starnick und der Fraktion der F.D.P.

Prävention und Bekämpfung von Öltankerunfällen

I.

Die Häufung schwerer Tankerunfälle und die damit verbundenen oftmals verhängnisvollen Auswirkungen auf Natur und Menschen zeigen die Dringlichkeit weiterer Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Öltankerunfällen. Tankerunfälle – so lehren die vergangenen Jahre – dauern an, die Abstände werden sogar immer kürzer. Allein in den letzten fünf Jahren gab es sechs schwere Öltankerunfälle. Das Risiko neuer Unfälle wird somit trotz der bisherigen Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene auch in Zukunft fortbestehen. Weitere Schutzmaßnahmen sowohl zur Unfallverhütung als auch zur Bekämpfung von Umweltschäden sind daher dringend erforderlich.

Angesichts der Tatsache, daß viele der bisher eingeleiteten Maßnahmen langfristig angelegt sind, wächst dabei die Bedeutung von Sofortmaßnahmen. Hinzu kommt, daß die Erfahrungen aus den zahlreichen Öltankerunfällen in der letzten Zeit zeigen, daß die Umweltschäden durch Öltankerunfälle eine individuelle, gezielte Bekämpfung benötigen. Mit großen Schäden für Fauna und Flora verbundene Ölbekämpfungsmaßnahmen wie z. B. der Einsatz von Dispergenzien in fischreichen Gebieten, müssen vermieden werden.

Der Deutsche Bundestag anerkennt die bisherigen Initiativen der Bundesregierung auf nationaler und internationaler Ebene.

Der Deutsche Bundestag begrüßt darüber hinaus, daß die Bundesregierung einen Fünf-Punkte-Plan mit Maßnahmen auf nationaler, EG- und internationaler Ebene zur Vermeidung von Öltankerunfällen aufgestellt hat und eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden ist. Verbesserungen der Sicherheit des Tankerverkehrs sind dringend angezeigt. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Absicht der Bundesregierung, sich aktiv auf internationale Ebene für weitere Schutzmaßnahmen einzusetzen. Doch auch bei Verwirklichung der angestrebten Verbesserungen bei der Sicherheit des Tankerverkehrs wird auch in Zukunft das Risiko von Tankerunglücken mit katastrophalen Folgen für die Küstenregionen nicht auszuschließen sein. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß sich weitere Überlegungen und Maßnahmen in Zukunft auch verstärkt auf den Bereich der Nord- und Ostsee konzentrieren müssen. Dabei ist eine enge Abstimmung und gemeinsames Vorgehen der Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten notwendig.

Der Bundestag wolle daher beschließen:

II.

1. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung und die zuständigen Bundesländer auf, zur besseren Verhinderung und schnelleren Bekämpfung von Öltankerunfällen vor der deutschen Küste und im Bereich der Nord- und Ostsee insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - Koordinierung und Weiterentwicklung von vorhandenem „Know-how“ durch Schaffung einer ständigen Einrichtung „Umweltschutz und Seeverkehr“, die als Datensammel-

stelle, Beratungs- und Forschungsstelle mit Vertretern aus Wissenschaft, Industrie und Verwaltung besetzt ist, und eine schnelle und realistische Diagnose über die lokalen, regionalen und globalen Wirkungen von Unfällen bei dem Transport von Öl und anderen gefährlichen Stoffen gewährleistet. Dabei müssen schiffahrtstechnische Aspekte mit ökologischen Aspekten mehr als bisher in Einklang gebracht werden,

- die weitere Perfektionierung des hohen Standards der Vorsorgeeinrichtungen (u. a. Ölbarrieren, wafffähige Ölsammelfahrzeuge und Geräte zum Einsammeln von Sandölgemischen ...), die nach Maßgabe von Risiko und Sensitivität verteilt werden müssen,
 - den Ausbau von Entsorgungseinrichtungen, die z. B. den Umschlag und Abtransport kontaminierten Materials und insbesondere das vorübergehende Ablagern und das Endlagern sicherstellen,
 - die Ausweisung und Sicherung von Renaturierungszellen an der Nordseeküste bereits im Vorfeld möglicher Katastrophen,
 - die weitere Verbesserung des Lotsenwesens,
 - die Ausdehnung des deutschen Hoheitsgebiets auf zwölf Seemeilen sowie die Einrichtung einer ausschließlichen Wirtschaftszone. Letzteres muß in enger Koordination mit den Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten erfolgen.
2. Die Bundesregierung wird gebeten, eine Übersicht über die zur Vorsorge und Bekämpfung von Ölunfällen vor den deutschen Küsten an Nord- und Ostsee vorgehaltenen sachlichen und personellen Mittel zu erstellen und mit Blick auf einen schnellen und wirksamen Mitteleinsatz sowie unter Berücksichtigung besonderer Wetter- und Umweltsituationen (Flachwasser, Watt) zu bewerten. Über das Ergebnis ist dem Deutschen Bundestag bis Mitte 1993 zu berichten. Dabei sollte der Bericht insbesondere etwaigen Bedarf für Rechtsetzung bzw. effektive administrative Maßnahmen im Sinne eines raschen und wirkungsvollen Handelns des Bundes bzw. der betroffenen Länder aufzeigen.
3. Für den Bereich der EG und auf internationaler Ebene muß die Prävention von Öltankerunglücken oberste Priorität erhalten. Die Bundesregierung und die zuständigen Bundesländer werden aufgefordert, sich für weitere Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung von Ölunfällen einzusetzen, insbesondere für:
- die Verkürzung der Frist für den Umbau bzw. die Ausmusterung einwandiger Tanker von dreißig auf maximal fünfzehn Jahre,
 - die Einführung von Sonderkontrollen in den Häfen der EG für alle Öltanker, die nicht von anerkannten Klassifizierungsgesellschaften geprüft wurden,
 - die Festlegung küstenferner Routen für Öltanker sowie die Überwachung der Einhaltung durch spezielle Überwachungssysteme,

- das Vorziehen der verschärften Inspektionsverpflichtung der Flaggenstaaten,
- die gemeinschaftliche Erhöhung der Hafengebühren an Nord- und Ostsee sowie Mittelmeer für einwandige Tanker sowie Tanker, die nicht durch anerkannte Klassifizierungsgesellschaften geprüft werden,
- ein verbindliches Qualitätssicherungssystem für Reedereien,
- die Verbesserung der Tankersicherheit durch technische Maßnahmen sowie durch Verbesserung des Schiffsmanagements,
- eine international einheitliche und verbindliche Arbeitssprache,
- weitere internationale Abkommen zur Sicherung von Öltransporten.

Sie sollen das Vertragsgesetz zu den Protokollen zum Ölschadenhaftungsfondsübereinkommen mit dem Ziel der Erhöhung der Haftungssumme auf 450 Millionen DM zügig vorlegen und sich auf EG- und internationaler Ebene für ein baldiges Inkrafttreten einsetzen.

4. Die Bundesregierung wird gebeten, eine Vereinbarung in der EG sowie mit allen Nord- und Ostsee-Anrainerstaaten zu initiieren, daß ab dem Jahre 2010 nur noch Tanker, die dem IMO-Standard für Neubauten (Doppelhülle oder Mitteldeckkonstruktion oder vergleichbare Sicherheitskonstruktion) entsprechen, an europäischen Häfen entladen dürfen.

Bonn, den 10. Februar 1993

Dr. Maria Böhmer
Wilfried Bohlson
Dr. Rolf Olderog
Dietrich Austermann
Dirk Fischer (Hamburg)
Ulrich Klinkert
Dr. Dionys Jobst
Horst Gibtnier
Heinz-Günter Bargfrede
Dr. Wolf Bauer
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Claus-Peter Grotz
Gerda Hasselfeldt
Rainer Haungs
Manfred Heise
Michael Jung (Limburg)
Klaus-Heiner Lehne
Theo Magin
Rudolf Meinl
Norbert Otto (Erfurt)
Gerhard O. Pfeiffermann
Helmut Rode (Wietzen)
Ferdi Tillmann
Dr. Norbert Rieder

Klaus Harries
Bärbel Sothmann
Dr. Walter Franz Altherr
Anneliese Augustin
Hans-Dirk Bierling
Wilfried Böhm (Melsungen)
Klaus Brähmig
Wolfgang Dehnel
Albert Deß
Renate Diemers
Wolfgang Ehlers
Rainer Eppelmann
Horst Eylmann
Ilse Falk
Dr. Karl H. Fell
Leni Fischer (Unna)
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Martin Göttching
Elisabeth Grochtmann
Udo Haschke (Jena)
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Renate Hellwig

Ernst Hinsken
Heinz-Adolf Hörsken
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Karin Jeltsch
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Egon Jüttner
Ulrich Junghanns
Dr. Harald Kahl
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Volker Kauder
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz)
Eva-Maria Kors
Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese)
Franz Heinrich Krey
Eduard Lintner
Sigrun Löwisch
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Dietrich Mahlo
Erwin Marschewski
Günter Marten
Wolfgang Meckelburg
Maria Michalk
Hans-Werner Müller (Wadern)
Eduard Oswald
Dr. Gerhard Päselt
Dr. Peter Paziorek
Hans-Wilhelm Pesch
Dr. Friedbert Pflüger
Ronald Pofalla
Dr. Hermann Pohler
Dr. Bertold Reinartz
Dr. Erich Riedl (München)
Werner Ringkamp

Heinz Rother
Dr. Christian Ruck
Helmut Sauer (Salzgitter)
Heinz Schemken
Andreas Schmidt (Mülheim)
Trudi Schmidt (Spiesen)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Michael von Schmude
Dr. Hermann Schwörer
Karl-Heinz Spilker
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Karl Stockhausen
Hans-Gerd Strube
Egon Susset
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Wolfgang Vogt (Düren)
Dr. Roswitha Wisniewski
Benno Zierer
Wolfgang Zöllner
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Manfred Richter (Bremerhaven)
Horst Friedrich
Ekkehard Gries
Roland Kohn
Dr. Klaus Röhl
Birgit Homburger
Gerhart Rudolf Baum
Günther Bredehorn
Klaus Beckmann
Dr. Olaf Feldmann
Josef Grünbeck
Dr. Jürgen Starnick
Dr. Hermann-Otto Solms und Fraktion

